



HESSISCHER LANDTAG

02. 12. 2025

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,

Fraktion der SPD

Für ein modernes Hessen: Bürokratie abbauen, Freiräume schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag erinnert daran, dass ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat eine freiheitliche und eigenverantwortliche Lebensgestaltung seiner Bürgerinnen und Bürger ermöglichen muss. Für einen starken Staat ist eine effiziente Verwaltung unerlässlich. Eine überbordende Regelungsdichte, schwerfällige Behördenverfahren und übermäßige Berichtsverpflichtungen haben in den vergangenen Jahrzehnten dieser Zielsetzung entgegenwirkt. Das Ziel ist dabei, zivilgesellschaftliche Initiative und wirtschaftliches Wachstum sowie die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Der Landtag unterstreicht, dass dabei die Schutzfunktion des Staates gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht ausgehöhlt werden darf.
2. Der Landtag begrüßt, dass Hessen beim Bürokratieabbau entschlossen vorangeht. Der Entwurf für das Erste Bürokratieabbaugesetz umfasst Anpassungen an rund 120 Vorschriften und hebt überflüssige Berichts- und Anzeigepflichten auf, vereinfacht Genehmigungsverfahren und reduziert formale Hürden wie Schriftformerfordernisse. Mit Projekten wie „Die Steuer macht jetzt das Amt“ und dem digitalen Gewerbesteuerbescheid werden Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen spürbar entlastet.
3. Auch die Kommunen erhalten durch das Kommunale Flexibilisierungsgesetz mehr Handlungsspielraum. Im Katastrophenschutz werden praxisferne Pflichten, wie zum Beispiel die jährliche Fahrtenbuchvorlage, aufgehoben. Weitere Vereinfachungen erfolgen im Bildungswesen durch eine erleichterte Anerkennung ausländischer Lehramtsqualifikationen mit einem Fach sowie im Baurecht durch genehmigungsfreie Abbruchvorhaben, eine Vollständigkeitsfiktion bei Bauantrag und Bauvorlagen und den Wegfall übertriebener Stellplatzvorgaben. Mit der Abschaffung des Weidetagebuchs wird zudem eine überholte Belastung für die Landwirtschaft beseitigt.
4. Der Landtag stellt fest, dass der Abbau von Bürokratismus auch künftig zu den zentralen staatspolitischen Aufgaben in Ländern, Bund und Europa gehören muss. Die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung ermöglichen Entlastungen in erheblichem Umfang. Der Landtag begrüßt, dass auch die Landesregierung ihre Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens ernst nimmt und weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung vorbereitet. Dies stärkt Hessens Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und staatliche Handlungsfähigkeit nachhaltig.
5. Der Landtag betont, dass entschlossener Bürokratieabbau eine grundlegende Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit unseres Staates, für wirtschaftliche Dynamik und für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Institutionen ist. In Zeiten wachsender globaler und gesellschaftlicher Herausforderungen braucht es Regierungen, die handlungsfähig sind und mutige Reformen umsetzen. Hessen hat mit dem Ersten Bürokratieabbaugesetz gezeigt, dass es bereit ist, voranzugehen und Verantwortung zu übernehmen. Der Landtag stellt klar: Hessen wird auch künftig Maßstab und Motor für eine moderne, effiziente und freiheitsfreundliche Verwaltung in Deutschland bleiben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. Dezember 2025

Für die Fraktion

der CDU

Die Fraktionsvorsitzende:

Ines Claus

Für die Fraktion

der SPD

Der Fraktionsvorsitzende:

Tobias Eckert